

Anlage 2 zum Investitionsprogramm Klima 2026 bis 2035 – hier: Steckbriefe Nrn. 1 - 25 mit Kurzbeschreibungen der Maßnahmen (Stand 01/2026)

Maßnahmensteckbrief Nr. 1		Investitionsprogramm Klima 2035	
	ab 1 Flächenkauf zur Moorrenaturierung und Gewässerrenaturierung IPK 2035 Maßnahme: Umsetzung der Moorstrategie und der Wasserstrategie		
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: FB 36	Zu beteiligende OEs / zu beteiligende Unternehmen; Verband, Akteur: 36.22, 36.24, und 36.25, 36.28	
2. Kurzbeschreibung	<p>Die Maßnahme ist Grundlage für die Umsetzung der Moor- und der Wasserstrategie. Zielsetzungen sind v.a. die Moor- und die Gewässerrenaturierung und die Schaffung von Retentions- bzw. Wasserspeicherräumen. Der Ankauf ist dabei der zentrale Garant für die dauerhafte und langfristige Sicherung von Flächen bzw. Lebensräumen. Ziel ist eine unabhängige und vollständige Widmung von Flächen für den natürlichen Klimaschutz sowie die Grundlage für die Möglichkeit zur ungestörten Renaturierung, Entwicklung von Ökosystemen und Retentions-/Speicherräumen. Im Rahmen der Moor- und der Wasserstrategie sollen perspektivisch alle zugänglichen Hochmoorkomplexe in der Region Hannover renaturiert werden. Mit den im Zuge der Umsetzung der Wasserstrategie zu renaturierenden Gewässern einschließlich ihrer Auen werden gleichzeitig Zielsetzungen der Klimaschutz- und der Anpassungsstrategie umgesetzt. Aktuell wird eine vom Land Niedersachsen geförderte Machbarkeitsstudie zur „Leine-Revitalisierung“ (Nördliche Leineau, Bereich Bundeswasserstraße ab Mitte der LHH) angestoßen. Bei positivem Testat soll die Revitalisierung ab etwa 2028 mit Förderung aus dem Bundesprogramm „Blaues Band Deutschland“ erfolgen. Die umfangreichen Maßnahmen adressieren in dem Flussabschnitt das Projekt Hochwasserpartnerschaft Leine (Leineanrainerkommunen).</p> <p>Hinweis: Die Eigentumsflächen müssen verwaltet werden. Das Liegenschaftsmanagement hat dazu einen Personalschlüssel entwickelt, der sich aus der durchschnittlichen Anzahl an zu bearbeitenden Flurstücken pro Mitarbeitendem, der Größe der Flurstücke sowie deren Wert berechnet: Pro 10.320.288,77 € Flächenwert bedarf es einer Vollzeitstelle (g. D.). Zusätzlich bedarf es einer Ingenieurstelle (h. D.) für die Flächenakquise und fachliche Bewertung.</p>		
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035	Beitrag zur Klimaneutralität 2035: Durch den Flächenankauf zunächst gering, über die auf den Flächen anschließend umzusetzenden Maßnahmen hoch.		
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: 4032 (V) IDs, 1727 (V) Ant, 3214 (V) HHA, 2282 (V) HHA, 2278 (V) HHA	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: keine	
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio. €	Land	Bund	EU
	NEOG-Projekte: Anstau u. Grabenaufweitung eines Hochmoorgrabens im Toten Moor (2 Jahre, 0,2 Mio. €), Machbarkeitsstudie Revitalisierung Untere Leine (2 Jahre, 0,2 Mio. €)	BfN-Projekt: Insekten beleben Moore (7 Jahre, 0,5 Mio. €)	Life-Projekte: Hannoversche Moor-geest (14 Jahre, 17,3 Mio. €), Re-Peat - Restoration of peatlands in the Hannover Region (10 Jahre, 34 Mio. €)
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	Schätzung: mittel	Begründung: aktive Flächenakquise über Ansprache der Eigentümer; Vorkaufsrechte geltend machen; freiwilligen Landtausch als weiteres Instrument nutzen (bei landwirtschaftlichen Flächen sehr wirksam)	
7. Herausforderungen	Interne Faktoren (Finanzen, Personal): Die Projektentwicklung ist mit erhöhtem administrativem Aufwand verbunden, insbesondere durch Antragsstellung, laufende Dokumentation und Steuerungsaufgaben. Zusätzlich erfordert die Mittelbewirtschaftung eine kontinuierliche fachlich und formale Abstimmung mit den Zuwendungsgebern*innen.	Externe Faktoren (Ressourcenverfügbarkeit, Fachkräftemangel, Gesetze): Beim Flächenkauf bestehen besondere Herausforderungen durch die begrenzte Verfügbarkeit geeigneter Grundstücke und die häufig fehlende Verkaufsbereitschaft der Eigentümer*innen. Zudem steht der öffentliche Flächenerwerb in Konkurrenz zu landwirtschaftlicher Nutzung, Investoreninteressen und anderen öffentlichen Vorhaben. Der Druck auf die Flächen ist insgesamt als sehr hoch einzustufen. Die daraus resultierende hohe Nachfrage führt zu steigenden Bodenpreisen, wodurch Ankäufe trotz fachlicher Erforderlichkeit und gesicherter Finanzierung oft nur verzögert oder nur eingeschränkt möglich sind. Zusätzlich bestehen besondere Herausforderungen durch die oftmals sehr zersplitterten Eigentumsverhältnisse, langwierige Verhandlungsprozesse sowie Akzeptanzschwierigkeiten und Konfliktpotenziale auf Eigentümer- und Nutzungsebene.	
8. Abschätzung des personellen Aufwands	Anzahl der bisher mit der Maßnahme betrauten Personen: > 5 VZÄ (g. D.)	Anzahl der nach 2026 zusätzlich für die Maßnahme benötigten Personen: 2 VZÄ (g. D.)	

Maßnahmensteckbrief Nr. 2		Investitionsprogramm Klima 2035
	ab 2 RL Grundwasser IPK 2035 – Maßnahme: Umsetzung der Wasserstrategie und Erhöhung des Grundwasserschutzes	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: Team Gewässerschutz West - 36.28 -	Zu beteiligende OEs / zu beteiligende Unternehmen; Verband, Akteur: keine
2. Kurzbeschreibung	<p>Die Region Hannover strebt auf Grundlage einer zu erstellenden Richtlinie innerhalb des Regionsgebietes die Förderung von Maßnahmen an, die insbesondere dem nachhaltigen Umgang mit der Ressource Grundwasser dienen. Somit sollen Anreize zur Klimaanpassung gesetzt werden. Gegenstand der Förderung sind u. a. Maßnahmen zur Grundwasseranreicherung, die Errichtung von Versickerungsrigolen im Zusammenhang mit der Speicherung von Niederschlagswasser, der Bau von Kleinstauanlagen an Gewässern III. Ordnung und der Bau von einstaubaren Drainageschächten sowie die Umstellung auf effiziente Beregnungstechnik in der Landwirtschaft.</p> <p>Hier könnten ggf. auch Investitionen zur effizienten Nutzung des Wassers in der Feldberegnung gefördert werden. Vorstellbar wäre hier die Förderung der Anschaffung von Düsenwagen oder der Beregnungssteuerung bei Großflächenregnern (Kanone) durch landwirtschaftliche Betriebe</p>	
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035	Beitrag zur Klimaneutralität 2035: mittel (z.T. auch Anpassungsmaßnahme an den Klimawandel)	
4. Bezug zu vorhan-denen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: BDs in Vorbereitung für 2026	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: wird nachgetragen
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio. €	Wird noch geprüft	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	Keine Einschätzung	Keine Begründung
7. Herausforderungen	Interne Faktoren (Finanzen, Personal): rechtskonforme Förderrichtlinie; dauerhafte Bereitstellung von Geldern im Haushalt; zusätzliches Verwaltungspersonal gehobener Dienst	Externe Faktoren (Ressourcenverfügbarkeit, Fachkräftemangel, Gesetze): keine
8. Abschätzung des personellen Aufwands	Anzahl der bisher mit der Maßnahme betrauten Personen: > 2 VZÄ TvöD EG (g. D / h. D.)	Anzahl der nach 2026 zusätzlich für die Maßnahme benötigten Personen: 1 VZÄ (g. D.)

Maßnahmensteckbrief Nr. 3		Investitionsprogramm Klima 2035
	ab 3 Richtlinie Klimafolgenanpassung (Sportstätten)	
	IPK 2035 – Maßnahme: Verringerung der Vulnerabilität gegenüber Klimafolgen und Sensibilisierung für das Thema Klimawandel	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: 36.22	Zu beteiligende OEs / zu beteiligendes Unternehmen; Verband, Akteur: Regionssportbund
2. Kurzbeschreibung	Die Region Hannover fördert nach Maßgabe der §§ 23 und 44 Landeshaushaltsordnung innerhalb des Regionsgebietes Maßnahmen von Sportvereinen, die zur Anpassung von Sportanlagen an die Folgen des Klimawandels beitragen. Mithilfe dieser Förderung können beispielweise Beregnungsanlagen an die veränderten Wasserverfügbarkeiten angepasst werden, für mehr Hitzeschutz und für mehr Versickerungsflächen gesorgt werden.	
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035	Beitrag zur Klimaneutralität 2035: gering (Anpassungsmaßnahme an den Klimawandel)	
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: 3639 (V) BDs, 3212 (V) HHA, 2273 (V) HHA	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: keine
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio. €	Wird noch geprüft	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	Schätzung: hoch	Begründung: Aktive Bewerbung der Förderrichtlinie, gute Kooperation mit dem Regions- und Stadtsportbund (RSB & SSB), gute Vernetzung mit den Kommunen. In den vergangenen Jahren war die Förderrichtlinie immer ausgereizt.
7. Herausforderungen	Interne Faktoren (Finanzen, Personal): Die Abwicklung der Förderrichtlinie bindet viel Personal. Die Bearbeitung erfordert fundierte Fachkenntnisse im Vergaberecht. Es besteht oftmals ein Widerspruch zwischen standardisierten Verfahren und der Einzelfallprüfung. Gleichmaßen ist neben der formellen Abwicklung die Fördermittelberatung personalintensiv.	Externe Faktoren (Ressourcenverfügbarkeit, Fachkräftemangel, Gesetze): Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen können den Förderbedarf und die Nachfrage kurzfristig verändern. Die technologische Leistungsfähigkeit interner und externer IT-Infrastrukturen wirkt sich auf Effizienz und Zugänglichkeit der Förderrichtlinie aus. Darüber hinaus können öffentliche Wahrnehmung und/oder mediale Berichterstattung politischen und administrativen Handlungsdruck erzeugen. Schließlich beeinflusst das Nachfrageverhalten der Antragstellenden maßgeblich den Bearbeitungsaufwand, den Mittelabfluss sowie Priorisierungsentscheidungen.
8. Abschätzung des personellen Aufwands	Anzahl der bisher mit der Maßnahme betrauten Personen: > 1 VZÄ (g. D.)	Anzahl der nach 2026 zusätzlich für die Maßnahme benötigten Personen: keine

Maßnahmensteckbrief Nr. 4		Investitionsprogramm Klima 2035
	ab 4 Digitales Klimazentrum	
	IPK 2035 - Maßnahme: Digitales Klimazentrum // Aufbau digitale Infrastruktur Klima (HIT) / Messpunkte/Messstruktur	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: 80.04 in Abstimmung mit III.3	Zu beteiligende OEs / zu beteiligendes Unternehmen; Verband, Akteur: FB 36
2. Kurzbeschreibung	<p>Mit dem Digitalen Klimazentrum soll in der Region Hannover ein umfassendes, IoT*-gestütztes Klimamonitoring aufgebaut werden, das in Echtzeit klima- und umweltrelevante Daten erfasst, analysiert und für strategische Entscheidungen nutzbar macht. Es liefert Daten für strategischen Entscheidungen im Rahmen von Wasser-, Moor-, Klimaanpassungsstrategie sowie Katastrophenschutz</p> <p>Das Digitale Klimazentrum stärkt die Resilienz der Region Hannover gegenüber Extremwetterereignissen, nutzt die bestehende Infrastruktur von Niedersachsen.io effizient und vermeidet Doppelstrukturen. Es dient als übertragbares Modell für andere Kommunen in Niedersachsen, verbessert die Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit und liefert eine einheitliche Datenbasis für Umwelt- und Klimaschutzplanung. Mit einer gezielten Investition in Sensorik und digitale Werkzeuge entsteht ein modernes Klimamonitoring, das regionale Vorsorge, Katastrophenschutz und nachhaltige Entwicklung wirkungsvoll unterstützt.</p>	
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035	Beitrag zur Klimaneutralität 2035: direkt gering (Maßnahme dient dem Monitoring und der Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen und der Katastrophenschutz)	
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: 0182 (V) BDs, 1374 (V) BDs & 1521 (V)	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: keine
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio. €	Wird noch geprüft	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	Schätzung: keine	Begründung: keine
7. Herausforderungen	Interne Faktoren: Personalressource FB-übergreifend zur Konzeptionierung notwendig	
8. Abschätzung des personellen Aufwands	Anzahl der bisher mit der Maßnahme betrauten Personen: 0,1 VZÄ (g. D.)	Anzahl der nach 2026 zusätzlich für die Maßnahme benötigten Personen: 1 VZÄ (h.D.)

*IoT = engl. Internet of Things → deutsch: Internet der Dinge

Maßnahmensteckbrief Nr. 5		Investitionsprogramm Klima 2035
	c 1 Dach-Solar 2.0 IPK 2035 - Maßnahme: Richtlinie über die finanzielle Förderung einer Photovoltaikanlage bei gleichzeitiger Dachdämmung in der Region Hannover (Dach-Solar-Richtlinie / Teil der Solar-Offensive der Region Hannover) Untertitel: Kombination von zwei Fördergegenständen zur Steigerung der Wirksamkeit	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: 62.01	Zu beteiligende Unternehmen: Dienstleister zur Antrags- und Verwendungsprüfung
2. Kurzbeschreibung	Die Region Hannover fördert nach §§ 23, 44, 105 LHO innerhalb des Regionsgebietes den Einbau von Photovoltaikanlagen und einer hochwertigen Dachdämmung nach Maßgabe dieser Richtlinie. Gemäß Klimaplan 2035 wird für die Erreichung einer ambitionierten Treibhausgasreduzierung in der Region Hannover im Klimaplanszenario u.a. ein jährlicher Zubau von 249 MWp Dach-Photovoltaik zwischen 2020 und 2035 zugrunde gelegt, um das regionale Ausbauziel im Jahr 2035 zu erreichen. Zweck ist es, sowohl die solare Energieerzeugung auszubauen als auch die Energieeffizienz in Bestandsgebäuden zu steigern, um damit einen Beitrag zur angestrebten Treibhausgasneutralität der Region Hannover (Klimaplan 2035) zu leisten und durch die Installation von netzdienlichen Energieanlagen die Netzstabilität zu unterstützen. Gefördert werden der Erwerb und die Installation von Photovoltaikanlagen sowie die damit einhergehende Ertüchtigung der Elektrik soweit gleichzeitig eine Dachdämmung bzw. Dämmung des obersten Gebäudeabschlusses über geheizten oder gekühlten Räumen erfolgt.	
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035	Beitrag zur Klimaneutralität 2035: hoch	
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: 1521 (III) BDs, 4555 (IV) Ant, 1138 (V) HHA, 2863 (IV) BDs, 1136 (V) HHA, zuletzt geändert mit 4051 (V) BDs, Sachstandsbericht 3821 (V) IDs	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: keine
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio. €	Wird noch geprüft	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	Schätzung: Hoch	Begründung: Je höher Förderbetrag, desto mehr wird Förderung angenommen
7. Herausforderungen	Interne Faktoren (Finanzen, Personal): Personal: hoher Prüfaufwand, hoher personeller Bedarf Finanzen: ggf. Mehrbedarf, falls RL gut angenommen wird	Externe Faktoren (Ressourcenverfügbarkeit, Fachkräftemangel, Gesetze): Änderung Bundes- bzw. Landesgesetze können Förderung hinfällig machen -> keine Doppelförderung; Fachkräftemangel -> Umsetzung der Fördermaßnahmen abhängig von Verfügbarkeit der Fachkräfte
8. Abschätzung des personellen Aufwands	Anzahl der bisher mit der Maßnahme betrauten Personen: 3 VZÄ (g. D. / h. D.)	Anzahl der zusätzlich für die Maßnahme benötigten Personen: 0,5 VZÄ (g. D.)

Maßnahmensteckbrief Nr. 6		Investitionsprogramm Klima 2035
	c 2 Dach-Solar 2.0 - Aufstockung IPK 2035 - Maßnahme: Richtlinie über die finanzielle Förderung einer Photovoltaikanlage bei gleichzeitiger Dachdämmung in der Region Hannover (Dach-Solar-Richtlinie/ Teil der Solar-Offensive der Region Hannover) Untertitel: Kombination von zwei Fördergegenständen zur Steigerung der Wirksamkeit	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: 62.01	Zu beteiligende Unternehmen: Dienstleister zur Antrags- und Verwendungsprüfung
2. Kurzbeschreibung	Kurzbeschreibung siehe c1. c2 ist aufgenommen worden, da nach Anlaufen der überarbeiteten Förderrichtlinie mit einer zunehmenden Nachfrage über die Jahre gerechnet wird, was auch unter Betrachtung des Klimapfades (Forcierung des PV-Ausbaus) unbedingt notwendig ist.	
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035	Beitrag zur Klimaneutralität 2035: hoch	
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: 1521 (III) BDs, 4555 (IV) Ant, 1138 (V) HHA, 2863 (IV) BDs sowie 1136 (V) HHA, zuletzt geändert mit 4051 (V) BDs, Sachstandsbericht 3821 (V) IDs	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: keine
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio. €	Wird noch geprüft	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	Siehe c1	Siehe c1
7. Herausforderungen	Interne Faktoren (Finanzen, Personal): Personal: hoher Prüfaufwand, hoher personeller Bedarf Finanzen: ggf. Mehrbedarf, falls RL gut angenommen wird	Externe Faktoren (Ressourcenverfügbarkeit, Fachkräftemangel, Gesetze): Änderung Bundes- bzw. Landesgesetze können Förderung hinaufziehen -> keine Doppelförderung; Fachkräftemangel -> Umsetzung der Fördermaßnahmen abhängig von Verfügbarkeit der Fachkräfte
8. Abschätzung des personellen Aufwands	Siehe C1	Siehe C1

Maßnahmensteckbrief Nr. 7		Investitionsprogramm Klima 2035
	c 3 Solar-Baukasten 1.0 IPK 2035 - Maßnahme: Unterstützung von Kommunen und Einwohnenden durch Förderung verschiedener Maßnahmen, zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2035 (Teil der Solar-Offensive der Region Hannover) Untertitel: Förderung von Batteriespeichern, Solarthermie und Photovoltaik	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: 62.01	Zu beteiligende OEs / zu beteiligendes Unternehmen; Verband, Akteur: keine
2. Kurzbeschreibung	Gemäß Klimaplan 2035 wird für die Erreichung einer ambitionierten Treibhausgasreduzierung in der Region Hannover im Klimaplanszenario u.a. ein jährlicher Zubau von 249 MWp Dach-Photovoltaik* zwischen 2020 und 2035 zugrunde gelegt, um das regionale Ausbauziel im Jahr 2035 zu erreichen. In dieser Maßnahme sind mehrere Förderbausteine in einer Richtlinie geplant: Balkon-PV-Förderung für die Wohnungswirtschaft, Förderung zur Ertüchtigung des Hausanschlusses für PV-Anlage, Förderung eines Batteriespeichers und ggf. Wallbox (Voraussetzung neue PV-Anlage), ggf. Förderung Mieter-Strom und Solarthermie-Förderung ergänzend zur Bundesförderung. Ferner: Sonderförderung für Projekte wie organische PV, PVT, evtl. Trafostation/Netzanschlusspunkt Maßnahmen zur Unterstützung einkommensschwacher HH sowie PV-Förderung für finanzschwache Institutionen (z.B. auch PV auf Vereinsheimen von Sportvereinen, Kleingartenvereinen u.ä.) Beitrag zur Klimaneutralität 2035: mittel	
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035		
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: 3821 (V) IDs	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: keine
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio. €	Wird noch geprüft	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	Schätzung: Abhängig von der Höhe der Förderung	Begründung: Je höher Förderbetrag, desto mehr wird Förderung voraussichtlich angenommen
7. Herausforderungen	Interne Faktoren (Finanzen, Personal): Hohe Antragszahlen erwartet, da kleinteilige Förderung. Rechtzeitige und ausreichende Bereitstellung von Personal zur Bearbeitung erforderlich	Externe Faktoren (Ressourcenverfügbarkeit, Fachkräftemangel, Gesetze): Änderung Bundes- bzw. Landesgesetze können Förderung hinfällig machen -> keine Doppelförderung; Fachkräftemangel -> Umsetzung der Fördermaßnahmen abhängig von Verfügbarkeit der Fachkräfte
8. Abschätzung des personellen Aufwands	Siehe c1	Anzahl der nach 2026 zusätzlich für die Maßnahme benötigten Personen: 0,5 VZÄ (g. D.)

*gem. 3821 (V) IDs aus AUK vom 13.05.2025 ist der Zubau in 2024 mit insgesamt rund 117 MWp deutlich hinter den notwendigen Zubauraten zurückgeblieben. Auch wenn die Region Hannover nach Aussage der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN) Spitzenreiter beim PV-Zubau in Niedersachsen ist, wird doch deutlich, dass die bisher nicht erreichten Zubauziele gem. Klimaplan 2035, in den Jahren bis 2035 nachgeholt werden müssen. Damit das Ausbauziel von 4360 MWp (Summe FF-PV und Dach-PV) im Jahr 2035 erreicht werden kann, müsste die notwendige jährliche Zubaurate Dach-PV zur Erreichung des Klimaplans 2035 von 249 MWp auf 265 MWp ansteigen. Tendenz steigend, wenn die jährlich notwendigen Zubauraten weiterhin nicht erreicht werden.

Maßnahmensteckbrief Nr. 8		Investitionsprogramm Klima 2035
	c 4 Solar - Einzel-Projekte IPK 2035 - Maßnahme: Innovative Solarprojekte (Teil der Solar-Offensive der Region Hannover) Untertitel: Förderung von Einzelprojekten im Solarbereich, die nicht von anderen Programmen erfasst sind	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: 62.01	Zu beteiligende OEs / zu beteiligendes Unternehmen; Verband, Akteur: keine
2. Kurzbeschreibung	Bis zum Jahr 2035 müssen in Niedersachsen auf versiegelten Flächen PV-Anlagen mit einer Leistung von insgesamt 50 GW zugebaut werden. Gemäß Klimaplan 2035 wird für die Erreichung einer ambitionierten Treibhausgasreduzierung in der Region Hannover im Klimaplanzenario u.a. ein jährlicher Zubau von 249 MWp* Dach-Photovoltaik zwischen 2020 und 2035 zugrunde gelegt, um das regionale Ausbauziel im Jahr 2035 zu erreichen. Neben den Dachflächen können aber auch andere Flächen mit Photovoltaik ertüchtigt werden. Um hier für die Region innovative oder wirksame Ansätze zu unterstützen, werden entsprechende Mittel bereitgehalten. Insbesondere sollen auch Projekte im sozialen Wohnungsbau angestoßen bzw. unterstützt werden.	
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035	Beitrag zur Klimaneutralität 2035: mittel	
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: 3821 (V) IDs	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: keine
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio. €	Wird noch geprüft	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	Schätzung: mittel	Begründung: manche Projekte in dem Bereich befinden sich am Rande der Wirtschaftlichkeit, sodass eine finanzielle Unterstützung seitens der Region Hannover Abhilfe schaffen und Projekte anstoßen könnte.
7. Herausforderungen	Interne Faktoren (Finanzen, Personal): Die eingeplante Fördersumme von 250.000 € ist ggf. zu gering, um bei größeren Projekten den Ausschlag geben zu können.	Externe Faktoren (Ressourcenverfügbarkeit, Fachkräftemangel, Gesetze): Prüfaufwand bei Antragstellung >> ggf. verhindern andere Förderprogramme eine Bezuschussung durch die RH
8. Abschätzung des personellen Aufwands	Siehe c1	Siehe c3

*gem. 3821 (V) IDs aus AUK vom 13.05.2025 ist der Zubau in 2024 mit insgesamt rund 117 MWp deutlich hinter den notwendigen Zubauraten zurückgeblieben. Auch wenn die Region Hannover nach Aussage der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN) Spitzenreiter beim PV-Zubau in Niedersachsen ist, wird doch deutlich, dass die bisher nicht erreichten Zubauziele gem. Klimaplan 2035, in den Jahren bis 2035 nachgeholt werden müssen. Damit das Ausbauziel von 4360 MWp (Summe FF-PV und Dach-PV) im Jahr 2035 erreicht werden kann, müsste die notwendige jährliche Zubaurate Dach-PV zur Erreichung des Klimaplans 2035 von 249 MWp auf 265 MWp ansteigen. Tendenz steigend, wenn die jährlich notwendigen Zubauraten weiterhin nicht erreicht werden.

Maßnahmensteckbrief Nr. 9		Investitionsprogramm Klima 2035
	c 5 Energetische Sanierung sozialer Wohnungsbau / Serielles Sanieren IPK 2035 - Maßnahme: Reduzierung der energetischen Emissionen im sozial schwächeren Wohnumfeld durch innovative Ansätze, wie die Serielle Sanierung	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: 62.01	Zu beteiligende OEs / zu beteiligendes Unternehmen; Verband, Akteur: <i>FB 63 (Bauen), Dez. II, Klimaschutzagentur & DENA mit aktuellen Projekten, Wohnungsbaugesellschaften (u.a.), architects4future</i>
2. Kurzbeschreibung	Das Ziel der Maßnahme ist die Reduzierung der energetischen Emissionen aus dem Gebäudesektor. Die aktuellen Sanierungsraten sind zu niedrig, um bis 2035 eine nennenswerte Reduktion der Emissionen zu erreichen. Innovative Ansätze, wie das Serielle Sanieren, sollen hier Abhilfe schaffen und den Prozess beschleunigen. Ein besonderer Fokus soll auf dem sozial schwächeren Wohnumfeld liegen, da hier besonders häufig schlechte energetische Standards vorliegen, die zu hohen Energieverbräuchen führen - Abbildung über Pilotförderung oder Richtlinie möglich.	
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035	Beitrag zur Klimaneutralität 2035: mittel	
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: 1779 (IV) HHA, 0401 (V) HHA	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: Projekt Serielles Sanieren bei der KSA und DENA.
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio.€	Wird noch geprüft	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	Schätzung: Mittel	Begründung: Schwierigkeiten mit der Auslegung von Sanierungsmaßnahmen als investive Mittel, Serielles Sanieren befindet sich noch im Anfangsstadium, direkte Investitionen vermutlich schwierig.
7. Herausforderungen	Interne Faktoren (Finanzen, Personal): Nutzung investiver (statt konsumtiver) Mittel, Neubesetzung im Bereich energetische Sanierung; Aufbau des Arbeitsfeldes	Externe Faktoren (Ressourcenverfügbarkeit, Fachkräftemangel, Gesetze): Aufbau einer Infrastruktur für die Umsetzung von Projekten der Seriellen Sanierung. Aktuell fehlen Unternehmen, die sich auf den Bereich spezialisieren. Bisher sind wenige Projekte in der RH umgesetzt worden. Mögliche Fördermittel seitens der Region sind für investive Maßnahme in dem Bereich auf Regionsebene vermutlich nicht ausreichend.
8. Abschätzung des personellen Aufwands	Anzahl der bisher mit der Maßnahme betrauten Personen: 1 VZÄ (g. D.)	Anzahl der nach 2026 zusätzlich für die Maßnahme benötigten Personen: 0,5 VZÄ (g. D.)

Maßnahmensteckbrief Nr. 10		Investitionsprogramm Klima 2035
	c 6 Weitere Projekte im Bereich kommunale Wärmewende IPK 2035 - Maßnahme: Ziel der Maßnahme ist es, die kommunale Wärmewende mit gezielten Maßnahmen im dezentralen Bereich (Privathaushalte) voranzutreiben.	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: 62.01	Zu beteiligende OEs / zu beteiligendes Unternehmen; Verband, Akteur: Klimaschutzagentur, ggf. weitere Akteure
2. Kurzbeschreibung	Förderung von bspw. oberflächennaher Geothermie für Privatleute und/oder ggfs. auch Investoren von Neubaugebieten, Wohnungsbaugesellschaften und weiteren Akteuren. Es wird der Ansatz verfolgt, vor allem effiziente und innovative Technologien in dem Bereich zu fördern. Folgende Systeme können interessante Fördergegenstände sein: <ul style="list-style-type: none"> · Energiepfähle, also tragende Bauelemente (z.B. Betonfundamente) mit Erdwärmeleitungen, · Innovative Flächenkollektoren (Spiral- oder Korbkollektoren, Geocollect, etc.), · Erdwärmekörbe, · Kombination von Erdwärmekollektoren oder -sonden mit Solarthermie/PVT zur Regeneration. Neben Fördermöglichkeiten im Bereich der oberflächennahen Geothermie könnten darüber hinaus noch zu identifizierende Förderlücken bei der individuellen Wärmewende von Haushalten gefördert werden. Hier ist noch relativ offen, welche Punkte dies betreffen wird. Gespräche mit der KfW und ProKlima sollen den Prozess voranbringen.	
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035	Beitrag zur Klimaneutralität 2035: hoch	
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: 3833 (V) IDs, 3947 (V) BDs	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: keine
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio. €	Wird noch geprüft	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	Schätzung: Mittel	Begründung: Förderungen sind bereits in vielen Bereichen vorhanden (KfW, BAfA) und weisen hohe Fördersätze auf. Ergänzungsförderung á la ProKlima ggfs. sinnvoll.
7. Herausforderungen	Interne Faktoren (Finanzen, Personal): Förderungen in (innovative) Heizungsanlagen werden nicht als investiv angesehen. Ggfs. nur Förderung für PVT-Module in Kombi mit Wasser-Wasser-Wärmepumpe	Externe Faktoren (Ressourcenverfügbarkeit, Fachkräftemangel, Gesetze): Förderlandschaft seitens des Bundes ist sehr komplex und ändert sich vermutlich in den nächsten Jahren erneut. Häufig sind die Fördersätze bereits sehr hoch und eine zusätzliche Förderung ist wegen der EU-Grenze von 70% nicht möglich.
8. Abschätzung des personellen Aufwands	Anzahl der bisher mit der Maßnahme betrauten Personen: 1 VZÄ (g. D.)	siehe c5

Maßnahmensteckbrief Nr. 11		Investitionsprogramm Klima 2035
	c 7 Bürger*innenEnergieRegion Hannover IPK 2035 - Maßnahme: Gründung einer Bürger*innen-Energiegenossenschaft Region Hannover Ziel: Ausbau der erneuerbaren Energien sowie regionsweite Partizipation der Bürger*innen an der Gestaltung der Energiewende.	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: 62 (nur Gründungsphase)	Zu beteiligende OEs / zu beteiligendes Unternehmen; Verband, Akteur: Gründungsphase: 01.03, 30, 20, 17, Klimaschutzagentur, Kommunen und kommunale Unternehmen, Tochtergesellschaften der Region zu beteiligende OEs nach Gründung: 01.03, 20, 17, Klimaschutzagentur
2. Kurzbeschreibung	Mit der Gründung einer regionsweiten BEG wird allen Bürger*innen und Kommunen in der Region ermöglicht, selbst Genossenschaftsanteile zu zeichnen und damit in regionale erneuerbare Energieanlagen zu investieren, Erträge zu erwirtschaften und darüber hinaus auch die regionale Wirtschaft zu unterstützen. Somit bleiben die Wertschöpfung und die Gewinne in der Region und die Akzeptanz für erneuerbare Energien wird gefördert. Prinzip: Keine Konkurrenz zu bestehenden BEG, stattdessen Zusammenarbeit, Nutzung von Synergien.	
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035	Beitrag zur Klimaneutralität 2035: mittel bis hoch	
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: 3952 (V) BDs	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: keine
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio.€	Wird noch geprüft	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	Schätzung: Stärkung der Akzeptanz durch Partizipation; Etablierung genossenschaftlichen Handelns als Stärkung der Energiewende	Begründung: eigenständig wirtschaftende juristische Person (Genossenschaft) mit Kern der demokratischen Mitbestimmung und wirtschaftlicher und sozialer Förderung ihrer Mitglieder (statt Gewinnmaximierung)
7. Herausforderungen	Interne Faktoren: Personalressource FB-übergreifend zur Konzeptionierung und Gründung notwendig	Externe Faktoren: Projektakquise von PV-Projekten auf kommunale Liegenschaften und bei Tochtergesellschaften
8. Abschätzung des personellen Aufwands	Anzahl der bisher mit der Maßnahme betrauten Personen: 0,5 VZÄ (h. D.)	Anzahl der nach 2026 zusätzlich für die Maßnahme benötigten Personen: keine

Maßnahmensteckbrief Nr. 12		Investitionsprogramm Klima 2035
	d1 Wärme Region gGmbH oder Verband	
	IPK 2035 - Maßnahme: Ziel der Maßnahme ist die Unterstützung des Baus und Ausbaus von Wärmenetzen in der Region Hannover	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: Team 62.01	Zu beteiligende OEs / zu beteiligendes Unternehmen; Verband, Akteur: 01.03, 30, 20, Kommunen und kommunale Unternehmen (Stadtwerke), Energieversorgungsunternehmen, regionale Banken/Sparkassen, je nach Projekt weitere Akteure
2. Kurzbeschreibung	Aktuell stehen viele Kommunen in der Region Hannover kurz vor der Fertigstellung der Kommunalen Wärmeplanung. Einige Kommunen haben die Planung bereits abgeschlossen. Kernelement der kommunalen Wärmeplanung ist eine Analyse der Eignung zur Versorgung von Bereichen mit Wärme über Nah- und Fernwärmelösungen. Ein Augenmerk liegt u.a. auf der Nutzung von mitteltiefer Geothermie. Bei der Initiierung solcher Projekte sind Unterstützungsleistungen über Beteiligungen an Projektgesellschaften geplant (siehe Beispiel Energie Region Göttingen GmbH). In Verbindung mit bereits laufenden Initiativen einzelner Kommunen im o.g. Sinne wird eine Zusammenarbeit / Synergien angestrebt.	
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035	Beitrag zur Klimaneutralität 2035: hoch	
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: 3833 (V) IDs, 3947 (V) BDs	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: Quick-Check Horithermie, Vorstudie Hydrothermie, Vorstudie mitteltiefe hydrothermale Geothermie
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio. €	Wird noch geprüft	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	Schätzung: relativ hoch	Begründung: Die Region Hannover kann über eine Beteiligung an einer Projektgesellschaft direkt die Projektumsetzung fördern und Einfluss auf die Art des Geschäftsmodells nehmen.
7. Herausforderungen	Interne Faktoren (Finanzen, Personal): Für die Beteiligung muss entsprechendes Personal an den Gesellschafterversammlungen teilnehmen. Zusätzlich sind selbst kleinere Projekte mit hohen Kosten verbunden.	Externe Faktoren (Ressourcenverfügbarkeit, Fachkräftemangel, Gesetze): Hinreichend attraktive Wärmequelle und ausreichende Wärmelinienichte, um attraktiven Preis für Kund*innen zu gewährleisten. Der Bau von Wärmenetzen ist in den letzten Jahren zudem sehr viel teurer geworden. Fachkräftemangel in dem Bereich ist üblich. Aktuelle Förderungen müssen nicht fortgeführt werden, was zu Problem führen könnte.
8. Abschätzung des personellen Aufwands	Anzahl der bisher mit der Maßnahme betrauten Personen: 0,25 VZÄ (h. D.)	siehe c7

Maßnahmensteckbrief Nr. 13		Investitionsprogramm Klima 2035
	d 2 Kommunale WP-Umsetzung (QuickCheck+Quelle+Wärme+Netze)	
	IPK 2035 - Maßnahme: Unabhängig von möglichen Beteiligungen an Wärmenetzprojekten sollen weitere Projekte, die der Erschließung von Wärmepotenzialen und der Verteilung dieser durch Netze dienen, gefördert werden.	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: 62.01	Zu beteiligende OEs / zu beteiligendes Unternehmen; Verband, Akteur: 01.03, 30, 20, Kommunen und kommunale Unternehmen (Stadtwerke), Energieversorgungsunternehmen, regionale Banken/Sparkassen, je nach Projekt weitere Akteure
2. Kurzbeschreibung	Diese Maßnahme dient der Förderung von Projekten zur Umsetzung der zentralen Wärmewende in den Kommunen der Region Hannover. Sollten unabhängig von möglicher Beteiligungen der Region Hannover an Projektgesellschaften, Kosten für Projekte anfallen, die die Kommunen nicht tragen können und die nicht durch Fördermittelgeber wie Bund und Land abgedeckt sind, könnte die Region Hannover finanzielle Unterstützung leisten.	
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035	Darunter kann auch u.a. verstanden werden, die bestehenden Biogasanlagen nach Auslaufen der staatlichen Förderung zu erhalten und so den ländlichen Raum mit nachhaltiger Wärme zu versorgen. Beitrag zur Klimaneutralität 2035: mittel bis hoch	
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: 3833 (V) IDs, 3947 (V) BDs	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: Quick-Check Horithermie, Vorstudie Hydrothermie, Vorstudie mitteltiefe hydrothermale Geothermie
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio.€	Wird noch geprüft	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	Schätzung: relativ hoch	Begründung: Viele Projekte in dem Bereich befinden sich am Rande der Wirtschaftlichkeit, sodass eine finanzielle Unterstützung seitens der Region Hannover Abhilfe schaffen und Projekte anstoßen könnte.
7. Herausforderungen	Interne Faktoren (Finanzen, Personal): Deklaration der Ausgaben als investive Mittel.	Externe Faktoren (Ressourcenverfügbarkeit, Fachkräftemangel, Gesetze): Förderungen auf Bundesebene, die eine Kumulierung erschweren. Häufige Gesetzesänderungen auf Bundesebene --> Mögliche Änderung der aktuellen Förderlandschaft.
8. Abschätzung des personellen Aufwands	Anzahl der bisher mit der Maßnahme betrauten Personen: 0,25 VZÄ (g. D.)	siehe c5

Maßnahmensteckbrief Nr. 14		Investitionsprogramm Klima 2035
	d3 Innovationsförderung Energieinfrastruktur und Sektorenkopplung	
	IPK 2035 - Maßnahme: Intelligente und leistungsfähige Netzinfrastruktur für die Integration erneuerbarer Energien schaffen	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: 62.01	Zu beteiligende OEs / zu beteiligendes Unternehmen; Verband, Akteur: Energieversorgungsunternehmen, Netzbetreiber*innen, Kommunen, Projektierer*innen für erneuerbare Energien
2. Kurzbeschreibung	<p>Aufbau einer regionalen Förderrichtlinie für Investitionen in innovative und die Klimaneutralität stützende Energieinfrastrukturen (z. B. intelligente Netzanbindung erneuerbarer Erzeugungsanlagen (im Strom- und Wärmesektor), Digitalisierung von Netzen) sowie die gezielte Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsprojekten in Unternehmen mit sektorübergreifendem Ansatz (Sektorenkopplung).</p> <p>Durch den Ausbau sektorübergreifender Energieinfrastrukturen werden Strom-, Wärme- und Mobilitätsnetze eng miteinander verknüpft. Digitale Energiemanagementsysteme und Innovationsprojekte fördern die intelligente Kopplung von Erzeugung, Verbrauch und Speicherung. Damit entstehen Schnittstellen zwischen Industrie, Gewerbe, Wohnen und Verkehr. Die Attraktivität von Quellenbereitstellung soll gesteigert werden und die Hürde für Industrie und Gewerbe abgebaut werden in langfristige Projekte einzusteigen. Eine Möglichkeit wäre hier auch, dass die Region als Bürgerschaftsgeberin fungiert, um Ausfälle zu kompensieren.</p>	
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035:	Beitrag zur Klimaneutralität: mittel bis hoch	
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: keine	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: keine
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio. €	Wird noch geprüft	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	Schätzung: Impulsgebung möglich, Gesamtentwicklung insbesondere auch von regulatorischen Rahmenbedingungen der Bundesebene abhängig	Begründung: Der Energienetzbereich wird auf Grund seiner Eigenart als natürliches Monopol staatlich reguliert.
7. Herausforderungen	Interne Faktoren (Finanzen, Personal): Das Themenfeld wird neu von der Verwaltung erschlossen, Wissen und Netzwerke sind zunächst aufzubauen	Externe Faktoren (Ressourcenverfügbarkeit, Fachkräftemangel, Gesetze): Neben den regulatorischen Rahmenbedingungen haben sich zuletzt auch Ressourcenverfügbarkeiten als Herausforderung bei einem beschleunigten Netzausbau gezeigt.
8. Abschätzung des personellen Aufwands	Anzahl der bisher mit der Maßnahme betrauten Personen: 1 VZÄ (h. D.)	Anzahl der nach 2026 zusätzlich für die Maßnahme benötigten Personen: 0,5 VZÄ (g. D.)

Maßnahmensteckbrief Nr. 15		Investitionsprogramm Klima 2035
	d4 Speichertechnologien IPK 2035 - Maßnahme: Intelligente und leistungsfähige Speicherinfrastruktur für die Netzstabilität und Integration erneuerbarer Energien schaffen	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: 62.01	Zu beteiligende OEs / zu beteiligendes Unternehmen; Verband, Akteur: Energieversorgungsunternehmen, Netzbetreiber*innen, Kommunen, projektbezogen weitere Akteure
2. Kurzbeschreibung	Förderung von Großbatteriespeichern, Power-to-Heat-Anlagen, thermischen Speichern in Gebäuden und Industrieprozessen sowie sektorenübergreifenden Lastmanagementsystemen (z. B. Kopplung von Photovoltaik, Elektromobilität und Gebäudewärme). Nicht-wasserstoffbasierte Speicherlösungen sichern die Verfügbarkeit erneuerbarer Energien über Sektorgrenzen hinweg. Batteriespeicher stabilisieren die Stromnetze, während thermische Speicher und Power-to-Heat-Anlagen eine direkte Verknüpfung von Strom und Wärme ermöglichen. Gleichzeitig kann die Elektromobilität als flexibler Speicher in das Gesamtsystem integriert werden. Innovative Speichersysteme oder Speichersysteme mit standortbezogenem Alleinstellungsmerkmal sollen gefördert werden.	
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035	Beitrag zur Klimaneutralität: hoch	
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: keine	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: keine
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio.€	Wird noch geprüft	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	Schätzung: Impulsgebung möglich, um Entwicklung positiv zu beeinflussen.	Begründung: Gesamtbedarf übersteigt öffentliche Haushaltsmittel, Best Practice zeigen jedoch gangbare Wege auf und regen zur Nachahmung an.
7. Herausforderungen	Interne Faktoren (Finanzen, Personal): Das Themenfeld wird neu von der Verwaltung erschlossen, Wissen und Netzwerke sind zunächst aufzubauen.	Externe Faktoren (Ressourcenverfügbarkeit, Fachkräftemangel, Gesetze): Konkrete Investition abhängig von Innovationskraft, Technologieoffenheit und Finanzkraft Dritter.
8. Abschätzung des personellen Aufwands	siehe d3	siehe d3

Maßnahmensteckbrief Nr. 16		Investitionsprogramm Klima 2035
	d5 Projekte Wasserstoff+Speicher+Netze	
	IPK 2035 - Maßnahme: Wasserstoff als Nischenbaustein für die Klimaneutralität in speziellen Teilbereichen etablieren	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE 62	Zu beteiligende OEs / zu beteiligendes Unternehmen; Verband, Akteur: wird nachgetragen
2. Kurzbeschreibung	Organisatorische und finanzielle Unterstützung beim Aufbau von Elektrolysekapazitäten in der Region, Investitionen in Wasserstoffspeicher (Kavernen, Druckspeicher), Unterstützung beim Aufbau eines regionalen Wasserstoff-Verteilnetzes und Anbindung an überregionale H2-Infrastrukturen. Besondere Förderung von Anwendungen in der Industrie (Prozesswärme), im Schwerlastverkehr und in dezentralen Wärmenetzen.	
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035	Grüner Wasserstoff wird zu einem der verbindenden Elemente zwischen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und den Verbrauchssektoren Industrie, Mobilität und Wärme. Durch eine integrierte Wasserstoff-Infrastruktur kann die Region Hannover in Teilen zum Vorreiter-Standort für sektorübergreifende H2*-Anwendungen entwickelt werden. Dies bedingt allerdings entsprechende Quellen und Senken in Einklang zu bringen und am besten eine saisonale Überbrückung des Bedarfs zu schaffen.	
	Beitrag zur Klimaneutralität: gering bis mittel	
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: 3446 (V) BDs, 2135 (V) BDs, 2136 (V) BDs	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: keine
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio. €	Wird noch geprüft	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	Schätzung: Gering	Begründung: Kostenintensive Technologie und Infrastruktur, insb. für bspw. Stahlindustrie von Bedeutung
7. Herausforderungen	Interne Faktoren (Finanzen, Personal): Das Themenfeld wird erneut von der Verwaltung erschlossen, Wissen und Netzwerke sind wiederzubeleben.	Externe Faktoren (Ressourcenverfügbarkeit, Fachkräftemangel, Gesetze): Hochgradig abhängig von nationalen Entwicklungen und Infrastrukturprojekten
8. Abschätzung des personellen Aufwands	siehe d3	siehe d3

*H2 = Wasserstoff

Maßnahmensteckbrief Nr. 17		Investitionsprogramm Klima 2035
	d 6 Unterstützungsmodell PV IPK 2035 - Maßnahme: PV auf kommunalen Liegenschaften - Beschleunigung des Zubaus von Photovoltaikanlagen in der Region Hannover Untertitel: Fortsetzung der Unterstützung der Regionskommunen bei der Planung von Photovoltaik-Anlagen auf kommunalen Liegenschaften (Unterstützungsmodell PV)	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: 62.01	Zu beteiligendes Unternehmen: Dienstleister für die Planung von PV-Anlagen
2. Kurzbeschreibung	Bis zum Jahr 2035 müssen in Niedersachsen auf versiegelten Flächen PV-Anlagen mit einer Leistung von insgesamt 50 GW zugebaut werden. Gemäß Klimaplan 2035 wird für die Erreichung einer ambitionierten Treibhausgasreduzierung in der Region Hannover im Klimaplanszenario u.a. ein jährlicher Zubau von 249 MWp* Dach-Photovoltaik (Dach-PV) zwischen 2020 und 2035 zugrunde gelegt, um das regionale Ausbauziel im Jahr 2035 zu erreichen. Mit dem Unterstützungsmodell, erstmalig mit BDs 1929 (V) eingeführt, werden die Kommunen bei der Planung von PV-Anlagen auf ihren eigenen Liegenschaften unterstützt, um diese zügig mit PV zu belegen.	
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035	Ab 2026 ist zu prüfen, ob die Erstellung neuer Statiken für die kommunalen Liegenschaften im Zuge der PV-Errichtung eine Beschleunigung herbeiführt. Dieser Investitionsbedarf ist noch nicht abgebildet. Beitrag zur Klimaneutralität: mittel bis hoch	
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: 1929 (V) BDs, 4052 (V) BDs	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: keine
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio. €	keine	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	Schätzung: hoch	Begründung: Die Regionskommunen haben keine oder wenig Kapazität/Personal für die Planung von PV-Anlagen, durch das Unterstützungsmodell PV wird diese Aufgaben zum Teil von der Region Hannover übernommen.
7. Herausforderungen	-	-
8. Abschätzung des personellen Aufwands	siehe c1	siehe c1

*gem. 3821 (V) IDs aus AUK vom 13.05.2025 ist der Zubau in 2024 mit insgesamt rund 117 MWp deutlich hinter den notwendigen Zubauraten zurückgeblieben. Auch wenn die Region Hannover nach Aussage der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN) Spitzenreiter beim PV-Zubau in Niedersachsen ist, wird doch deutlich, dass die bisher nicht erreichten Zubauziele gem. Klimaplan 2035, in den Jahren bis 2035 nachgeholt werden müssen. Damit das Ausbauziel von 4360 MWp (Summe FF-PV und Dach-PV) im Jahr 2035 erreicht werden kann, müsste die notwendige jährliche Zubaurate Dach-PV zur Erreichung des Klimaplans 2035 von 249 MWp auf 265 MWp ansteigen. Tendenz steigend, wenn die jährlich notwendigen Zubauraten weiterhin nicht erreicht werden.

Maßnahmensteckbrief Nr. 18		Investitionsprogramm Klima 2035
	d 7 Pilotprojekte PV IPK 2035 - Maßnahme: Große PV-Pilotprojekte mit Vorbildcharakter Untertitel: Förderung von innovativen Einzelprojekten im Solarbereich, die nicht von anderen Programmen erfasst sind	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: 62.01	Kooperation bspw. mit Landwirtschaftskammer oder Landvolk angestrebt
2. Kurzbeschreibung	Bis zum Jahr 2035 müssen in Niedersachsen auf versiegelten Flächen sowie auf Freiflächen PV-Anlagen mit einer Leistung von insgesamt 75 GW zugebaut werden. Das bedeutet auch, dass in den Bereichen, für die keine Standardlösungen existieren, Anreize geschaffen werden müssen, um den solaren Zubau zu ermöglichen. Parkplatz-PV Anlagen (vgl. Zoo 2025) zählen ebenso dazu wie bspw. Agri-PV Lösungen. Um solche Projekte wirtschaftlich darzustellen, sind in einer Übergangsphase Anschubfinanzierungen unumgänglich.	
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035	Beitrag zur Klimaneutralität: mittel bis hoch	
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: 3821 (V) IDs	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: keine
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio. €	Wird noch geprüft	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	Schätzung: mittel	Begründung: manche Projekte in dem Bereich befinden sich am Rande der Wirtschaftlichkeit, sodass eine finanzielle Unterstützung seitens der Region Hannover Abhilfe schaffen und Projekte anstoßen könnte.
7. Herausforderungen	Interne Faktoren (Finanzen, Personal): Die eingeplante Fördersumme von 1 Mio. € ist ggf. zu gering, um bei größeren Projekten den Ausschlag geben zu können.	Externe Faktoren (Ressourcenverfügbarkeit, Fachkräftemangel, Gesetze): Prüfaufwand bei Antragstellung >> ggf. verhindern andere Förderprogramme eine Bezuschussung durch die RH
8. Abschätzung des personellen Aufwands	siehe c1	siehe c1

Maßnahmensteckbrief Nr. 19		Investitionsprogramm Klima 2035
	d8 Unterstützung der Kommunen im Klimaschutz - Richtlinie Kommunaler Klimaschutz (RKK) IPK 2035 - Maßnahme: Ziel ist es, Fördermittel für den kommunalen Klimaschutz in die Region zu holen und kleinere kommunale Vorhaben zu unterstützen	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: 62	Zu beteiligende OEs / zu beteiligendes Unternehmen; Verband, Akteur: Regionsangehörige Kommunen und 100%ige kommunale Unternehmen
2. Kurzbeschreibung	Kommunen sind die zentralen Akteur*innen zur Entwicklung und Umsetzung von direkt vor Ort wirksamen Konzepten und Maßnahmen, die darauf abzielen, die Klimaneutralität der gesamten Region Hannover bis 2035 zu erreichen. Die Region Hannover unterstützt die Städte und Gemeinden sowie deren 100%ige kommunale Tochterunternehmen bei der Umsetzung von Konzepten und Maßnahmen, die diesen Zielen dienen. Umgesetzt wird dies durch die Förderrichtlinie über die Förderung von kommunalen Klimaschutz-Maßnahmen in der Region Hannover (Richtlinie Kommunaler Klimaschutz (RKK)).	
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035	Beitrag zur Klimaneutralität: mittel	
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: 4049 (V) BDs, 0736 (V) BDs	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: keine
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio. €	keine	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	-	-
7. Herausforderungen	-	-
8. Abschätzung des personellen Aufwands	Anzahl der bisher mit der Maßnahme betrauten Personen: 1 VZÄ TvöD (g. D. / h. D.)	Anzahl der nach 2026 zusätzlich für die Maßnahme benötigten Personen: keine

	d9 Außenstelle Natur für mehr klimaneutrale Transformation in Wirtschaft und Industrie IPK 2035 - Maßnahme: Richtlinie Außenstelle Natur mit mehr Mitteln und größeren Einzelförderbudget pro Unternehmen ausstatten (Förderbaustein 2) , ggfs. Erweiterung auf wirtschaftsnahe und forschungsorientierte Vereine etc. Untertitel: Steigerung der Biodiversität, Klimaanpassung und Umweltbildung durch die naturnahe Gestaltung von Firmengeländen	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: 80	Zu beteiligende OEs / zu beteiligendes Unternehmen; Verband, Akteur: 36, Unternehmerverbände
2. Kurzbeschreibung 3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035	Unternehmen als Flächeninhabende werden eingebunden, eigene Unternehmensflächen für Biodiversitätserhalt und -steigerung zu nutzen. Zusätzlich bietet die Umgestaltung vor Ort Anknüpfungspunkte für die Einbindung der Belegschaft, und damit einen potenziellen Multiplikatoreffekt in den privaten Raum. Die Richtlinie der Region Hannover „Außenstelle Natur“ dient dem Abbau von zeitlichen, finanziellen und fachlichen Hemmnissen bei der naturnahen Gestaltung von Unternehmensflächen. Unternehmen werden gefördert, im Sinne der Biodiversität die betriebsindividuelle Umgestaltung ihrer Unternehmensflächen hochwertig zu planen und diese Planung umzusetzen. Die Richtlinie Außenstelle Natur soll mit mehr Mitteln und größeren Einzelförderbudgets pro Unternehmen ausgestattet und ggfs. auf Vereine und andere Organisationen ausgeweitet werden. Beitrag zur Klimaneutralität: gering (u.a. als Beitrag zur Klimaanpassung zu sehen)	
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: 3553 (V) BDs, 2886 (V) BDs	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: Biodiversitätsnetzwerk Hannover (DIHK und IHK Hannover), insbes. interessant auch zu Biodiversität in der Lieferkette (Einkauf), Biodiversitätsstrategien (wie auch relevant bspw. im Rahmen von CSRD oder Auditierungen, wie EMAS, ISO 14001, ...)
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio. €	Wird noch geprüft	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	-	-
7. Herausforderungen	-	-
8. Abschätzung des personellen Aufwands	Anzahl der bisher mit der Maßnahme betrauten Personen: 0,1 VZÄ TvöD (h.D.)	Anzahl der nach 2026 zusätzlich für die Maßnahme benötigten Personen: 1 VZÄ (h. D.)

Maßnahmensteckbrief Nr. 21		Investitionsprogramm Klima 2035
	d10 DemonstrateGreenEconomy - klimaneutrale Transformation von Wirtschaft und Industrie IPK 2035 - Maßnahme: In Anknüpfung an die Förderrichtlinien HRGE: Investitionen in innovative Demonstrationsvorhaben zur klimaneutralen Transformation von Wirtschaft und Industrie Untertitel: Regionale Innovation sichtbar machen – Förderlinie für klimafreundliche Demonstrationsprojekte der Green Economy – DemonstrateGreenEconomy	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: 80	Zu beteiligende OEs / zu beteiligendes Unternehmen; Verband, Akteur: keine
2. Kurzbeschreibung	Die Richtlinie "DemonstrateGreenEconomy" soll als Förderinstrument für Demonstrationsvorhaben mit Strahlkraft als Ergänzung zu Projektförderungen im Rahmen von HRGE* und darüber hinaus aus regionalen Innovationsprojekten entstehen. Im Mittelpunkt stehen Projekte, die modellhaft aufzeigen, wie technologische Innovationen, sektorübergreifende Kooperationen und klimafreundliche Geschäftsmodelle zur Dekarbonisierung beitragen. Dabei sollen die Ergebnisse skalierbar, transferfähig und öffentlichkeitswirksam darstellbar sein, sodass regionale Betriebe und Organisationen unmittelbar profitieren können. Förderschwerpunkte für Vorhaben mit Demonstrationscharakter sind insbesondere: 1. Klimaneutrale Produktion & Energieeffizienz: Einsatz von Industrie 4.0, KI-basierter Prozessoptimierung, Kreislaufwirtschaftslösungen 2. Erneuerbare Energien & Speicherlösungen: Integration von Photovoltaik - auch unter Berücksichtigung komplexer Gebäudestatik -, Windkraft/Vertikalwindachsturbinen im Gewerbegebiet, Wasserstoff- und komplexe Batteriesysteme in betrieblichen Infrastrukturen 3. Mobilität & Logistik: Stärkung der E-Mobilität, Shared Mobility, Smart Logistics mit messbarer CO ₂ -Reduktion, Demonstrationen zum bidirektionalem Laden 4. Material- und Ressourceneffizienz: Entwicklung von Recyclingkonzepten, Substitution fossiler Rohstoffe, Nutzung biobasierter Materialien Die Auflage eines Förderprogramms zur Begleitung von grünen Demonstrationsvorhaben in Betrieben in der Region Hannover zeigt das kontinuierliche Bestreben die Umsetzung innovativer und technisch anspruchsvoller Vorhaben voranzutreiben und zu ermöglichen. Diese leisten einen Beitrag zur Klimaneutralität 2035. Die Richtlinie dient zur breiten Motivation und Aktivierung von Wirtschaft, Kommunen und Zivilgesellschaft. Beitrag zur Klimaneutralität: mittel	
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035		
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: 0181 (V) BDs, 3205 (V) HHA	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: keine
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio. €	Wird noch geprüft	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	-	-
7. Herausforderungen	-	-
8. Abschätzung des personellen Aufwands	Anzahl der bisher mit der Maßnahme betrauten Personen: keine	Anzahl der nach 2026 zusätzlich für die Maßnahme benötigten Personen: 1 VZÄ (h. D.)

*HRGE = Hannover Region Green Economy // https://www.wirtschaftsfoerderung-hannover.de/de/Beratung_von_Unternehmen/Finanzierung/HRGE.php

Maßnahmensteckbrief Nr. 22		Investitionsprogramm Klima 2035
	d11 Innovationsförderung klimaneutrale Transformation der Wirtschaft und Industrie IPK 2035 - Maßnahme: Stärkung des experimentellen Maschinenbaus an der Uni in Kooperation mit regionalen Unternehmen (techfactory am Standort Garbsen - in Verbindung mit dem Studiengang nachhaltiger Maschinenbau) // Enablement eines „Showroom“/Experimentierraums für Unternehmen zu Materialien und Ertüchtigung Gebäude und Maschinen	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: 80	Zu beteiligende OEs / zu beteiligendes Unternehmen: techfactory hannover, LUH, tewiss, IPH, LZH e.V.
2. Kurzbeschreibung	<p>a) Am PZH Garbsen im Rahmen der Initiative techfactory hannover soll ein SmartManufacturingHub entstehen, der für regionsansässige Betriebe moderne Produktionsverfahren veranschaulicht, die auf Ressourceneffizienz, Dekarbonisierung und Kreislaufwirtschaft ausgerichtet sind. Bspw. können in der Demonstration von additiven Fertigungsverfahren Materialabfälle signifikant reduziert werden. Durch Additivdruck hergestellte Leichtbaukomponenten, die unter anderem in Mobilitäts- und Energiesystemen zum Einsatz kommen, führt dies zu erheblichen Einsparungen beim Energieverbrauch. Digitale Zwillinge und die virtuelle Inbetriebnahme von Prototypen minimieren Testläufe, verkürzen Entwicklungszyklen und senken so Energie- und Materialaufwand bereits in der Planungsphase. Durch den Einsatz von KI-gestützter Prozessoptimierung können industrielle Anlagen energieeffizienter betrieben und Anlauf- bzw. Stillstandszeiten reduziert werden. Ergänzt wird dies durch IoT*-Lösungen, die Produktionsdaten in Echtzeit analysieren und damit Transparenz über Energie- und Ressourcenströme schaffen. Ein zentraler Fokus liegt in der engen Kooperation mit dem Institut für Werkstoffkunde auf dem Einsatz von innovativen Werkstoffen: Biobasierte Polymere, recycelbare Verbundmaterialien und CO₂-reduzierte Metalle ermöglichen eine nachhaltige Substitution konventioneller Werkstoffe, ohne auf Leistungsfähigkeit verzichten zu müssen. Ein weiterer Schwerpunkt im Maker Space liegt in der gesamtheitlichen Darstellung energieautarker Fertigungssysteme, die durch Photovoltaik, Batteriespeicher und intelligente Lastmanagementsysteme betrieben werden. Für Gründungsinteressierte und kooperierende Unternehmen entsteht ein konsistentes Bild einer klimaneutralen Fabrik der Zukunft. Der Showroom fungiert als Demonstrationsplattform, auf der Unternehmen die unmittelbaren Vorteile grüner Fertigungstechnologien erleben können – von der signifikanten Reduzierung von Emissionen über die Senkung des Energieverbrauchs bis hin zur Steigerung der Materialeffizienz.</p> <p>b) Im Rahmen der Techfactory Nordstadt sollen zur Stärkung der Bioökonomie, insb. der Bioprozesstechnik, hochwertige und zertifizierte Labor- und Testflächen (Bioprocess Hub Hannover) geschaffen werden, die regionsansässigen Betrieben und studentischen Projektteams eine Skalierung neuentwickelter Verfahren bis in den industriellen Maßstab erlauben. Ziel ist es, bio-basierte Alternativen zu fossil (Erdöl)-basierten Werkstoffen und Materialien bis in die Anwendung zu entwickeln und so CO₂-Einsparungen, Ressourceneffizienz und recyclingfähige Produkte zu fördern. Algen können Fasern für Faserverbundwerkstoffe oder technische Textilien produzieren – Recyclingfähig und CO₂-neutral. Aus Pflanzenölen und Mikroben können nachhaltige Alternativen zu petrochemischen Tensiden für Wasch- und Reinigungsmittel entstehen; Pflanzen oder Mikroorganismen bieten Wirkstoffe und Emulgatoren für die Kosmetik- und Pharmaindustrie, die Lebensmittel- und Farbenherstellung. Aus Pilzen können formstabile, biologisch abbaubare Verpackungen wachsen. usw. Grundlage ist, neben der Bereitstellung und Instandhaltung von Ausstattung für Verfahren der Bioprozesstechnik, Downstreamprocessing und Bioanalytik, ein Betriebskonzept, Ertüchtigung der Räumlichkeiten, Genehmigungsverfahren zum Betrieb und Zertifizierung. Kooperationen mit dem Hightech-Incubator BioIntelligence, BioDigit e.V., dem Exzellenz-Cluster PhoenixD (Fokusfeld Biophotonik), Institut für Bioprozesstechnik u.a. sind vorgesehen. Der Bioprocess Hub Hannover ergänzt die Aktivitäten des Smart Manufacturing Hub und treibt die klimaneutrale Transformation der Wirtschaft, indem zusätzlich zur ressourcen- und energieeffizienten Optimierung bestehender (nichtbiologischer) Produktionssysteme, der Fokus um biologisierte Produkte und Systeme ergänzt wird.</p>	
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035	Beitrag zur Klimaneutralität: mittel	
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: 4123 (V) BDs, 4126 (V) IDs, 3826 (V) BDs	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: keine
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio. €	Wird noch geprüft	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	Schätzung: mittel	praxisnahen Zugang für Transformation zu einer klimafreundlichen Produktion; greifbar / umsetzbar für kleine und mittelständische Unternehmen.
7. Herausforderungen	Interne Faktoren (Finanzen, Personal): Personal f. Betriebskonzept (Expertise und Vernetzung im Markt) bei Laboratory Spaces	
8. Abschätzung des personellen Aufwands	Anzahl der bisher mit der Maßnahme betrauten Personen: keine	Anzahl der nach 2026 zusätzlich für die Maßnahme benötigten Personen: 1 VZÄ (h. D.)

*IoT = engl. Internet of Things → deutsch: Internet der Dinge

Maßnahmensteckbrief Nr. 23		Investitionsprogramm Klima 2035
	d 12 'Richtlinie Radwegesanierungen	
	IPK 2035 - Maßnahme: Ziel der Maßnahme ist die Förderung des Radverkehrsanteils am Modal Split durch die Schaffung einer hochwertigen Radinfrastruktur	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: 61.04	Zu beteiligende OEs / zu beteiligendes Unternehmen; Verband, Akteur: keine
2. Kurzbeschreibung	Die Region Hannover strebt auf Grundlage einer zu erstellenden Richtlinie die Förderung von Radwegesanierungsmaßnahmen an, die zu einer verbesserten Befahrbarkeit und Attraktivitätssteigerung der ausgewiesenen Radwege innerhalb der Region Hannover führen und damit Anreize zum Umstieg auf den klimaneutralen Radverkehr leisten. Mithilfe dieser Förderung erhalten Wegeeigentümer*innen (z. B. Realverbände, Forsteigentümer*innen, regionsangehörige Kommunen) finanzielle Unterstützung, schlecht befahrbare Wegeabschnitte des beschilderten Radwegenetzes innerhalb der Region Hannover grundständig zu sanieren. Die Richtlinie schafft insbesondere für Eigentümer*innen von land- und forstwirtschaftlichen Wegen Anreize, in die Radinfrastruktur zu investieren, da ihnen für ihre Zwecke i.d.R. auch weniger gut befahrbare Wege genügen, die für Radfahrende aber unattraktiv und unsicher sind.	
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035	Beitrag zur Klimaneutralität 2035: mittel	
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: Regionales Naherholungsprogramm Region Hannover 2016; 1487 (V) BDs, 2588 (V) BDs	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: Potenziale des Radverkehrs für den Klimaschutz und für lebenswerte Städte und Regionen - Neue Prognoseverfahren für Angebot und Nachfrage im Fahrradland Deutschland bis 2035 - Langfassung (Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI); Fahrrad-Monitor 2023 (SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH)
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio. €	Auf Bundesebene: Sonderprogramm "Stadt und Land"	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	Schätzung: relativ hoch	Begründung: Richtlinie reduziert den Eigenanteil an der Gesamtmaßnahmensumme. Je höher die Förderquote, umso eher wird eine Förderung in Anspruch genommen.
7. Herausforderungen	Interne Faktoren (Finanzen, Personal): Eine dauerhafte Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Haushalt ist zu gewährleisten.	Externe Faktoren (Ressourcenverfügbarkeit, Fachkräftemangel, Gesetze): Wegeeigentümer*innen müssen einen Eigenanteil von 10% aufbringen.
8. Abschätzung des personellen Aufwands	-	-

Maßnahmensteckbrief Nr. 24		Investitionsprogramm Klima 2035
	d 13 Einführung von Elektroantrieben für Sondermobilität IPK 2035 - Maßnahme: E-Mobilität den Markteintritt ermöglichen, wo dies aktuell noch kostenintensiv ist	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: 62	Zu beteiligende OEs / zu beteiligendes Unternehmen; Verband, Akteur: 86, Landwirtschaft, Sportvereine, Kommunen
2. Kurzbeschreibung 3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035	Einführung von Elektroantrieben z.B. bei Sportvereinen und/oder in der Landwirtschaft sowie kommunale Spezialfahrzeuge als eine Herausforderung in der Zukunft. Im Einzelnen beinhaltet es die Förderung der Elektromobilität, elektrische Antriebe für Fahrzeuge und Maschinen sowie für die Bereitstellung des hierfür benötigten Stroms, die Förderung von modernen Stromspeicherlösungen. Beitrag zur Klimaneutralität 2035: mittel	
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: keine	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: keine
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio. €	Wird noch geprüft	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	-	-
7. Herausforderungen	-	-
8. Abschätzung des personellen Aufwands	Anzahl der bisher mit der Maßnahme betrauten Personen: keine	Anzahl der nach 2026 zusätzlich für die Maßnahme benötigten Personen: 0,2 VZÄ (h. D.)

Maßnahmensteckbrief Nr. 25		Investitionsprogramm Klima 2035
	d 14 'Weiterentwicklung der Insel Wilhelmstein auf dem Weg zur Klimaneutralität	
	IPK 2035 - Maßnahme: Ziel der Maßnahme ist, einen Best-Practice-Ort für nachhaltige klimaneutrale Naherholung und Tourismus zu entwickeln	
1. Zuständige Verwaltungseinheit	Zuständige OE: 61.04 Team Regionale Naherholung (zur Initiierung einer Projektgesellschaft)	Zu beteiligende OEs / zu beteiligendes Unternehmen; Verband, Akteur: Fürstliche Hofkammer zu Bückeburg, Steinhuder Meer Tourismus GmbH (SMT), Amt für regionale Landentwicklung (ArL), 36.20 Team Naturpark Steinhuder Meer
2. Kurzbeschreibung	Die Insel Wilhelmstein im Naturpark Steinhuder Meer ist ein beliebtes touristisches Ausflugsziel: in der Saison besuchen jährlich zwischen 60.000 und 80.000 Menschen die Insel. Damit bietet sich die Insel Wilhelmstein an, als Best-Practice-Ort für nachhaltige klimaneutrale Naherholung und Tourismus weiterentwickelt zu werden. Sowohl die Installation von PV-Anlagen auf den Dächern der Inselhäuser und Wärmepumpen zur Energieversorgung des energieintensiven Gastronomie- und Hotelleriebetriebs auf der Insel als auch die Anschaffung von Solarbooten und Lademöglichkeiten für einen emissionsfreien Fähr-/Schiffsbetrieb zur Insel bieten großes Potenzial, CO ₂ -Emissionen zu reduzieren. Eine Freiflächengestaltung mit klimaresilienter Bepflanzung in Verbindung mit innovativer nachhaltiger Bewässerungstechnik bietet Möglichkeiten zur Klimaanpassung auf der Insel. Der Bau wassergebundener Wegedecken gewährleistet die Versickerung von Niederschlagswasser und eine hohe Wasserspeicherfähigkeit im Boden. Die Installation einer energiesparenden insekten- und umweltfreundlichen Beleuchtung trägt langfristig zur Kostenersparnis und Energieeinsparung bei. Maßnahmen zur digitalen Klimabildung informieren und fördern den bewussten Umgang mit Klima und Umwelt. Für die Umsetzung o.g. Maßnahmen ist eine Projektgesellschaft zu initiieren.	
3. Beitrag zur Klimaneutralität 2035	Beitrag zur Klimaneutralität 2035: gering (auch als Beitrag zur Klimaanpassung zu werten)	
4. Bezug zu vorhandenen Drucksachen/ Studien	Relevante Drucksachen Regionspolitik: 3631 (IV) BDs, 4088 (V) BDs	Weitere relevante Studien, Projekte ohne politischen Beschluss: Nutzungs- und Entwicklungskonzept für die Insel Wilhelmstein (2021)
5. Partizipation an Förderprogrammen (Land, Bund, EU) in Mio. €	Wird noch geprüft	
6. Einflussmöglichkeit der Verwaltung	Schätzung: relativ hoch	Begründung: Richtlinie reduziert den Eigenanteil an der Gesamtmaßnahmensumme. Je höher die Förderquote, umso eher wird eine Förderung in Anspruch genommen.
7. Herausforderungen	Interne Faktoren (Finanzen, Personal): Haushaltsmittel für die o.g. Maßnahmen sind noch nicht hinreichend bekannt und nicht im Haushalt eingestellt; keine personellen Kapazitäten im aktuellen Stellenplan (Notwendigkeit einer Projektstelle)	Externe Faktoren (Ressourcenverfügbarkeit, Fachkräftemangel, Gesetze): naturschutzfachliche und denkmalschutzrechtliche Rahmenbedingungen; Saisonalität aufgrund der naturschutzfachlichen Restriktionen erschwert die Wirtschaftlichkeit des Insel-Betriebes (schwierige Personalakquise bei Gastronomie und Personenschiffahrt); Änderungsbedarf bei der Steinhuder Meer und Dümmer Verordnung (bzgl. Personenschiffahrt), viele einzubindende Akteure
8. Abschätzung des personellen Aufwands	Anzahl der bisher mit der Maßnahme betrauten Personen: keine	Anzahl der nach 2026 zusätzlich für die Maßnahme benötigten Personen: 1 VZÄ (g. D.)